

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Postdruckstelle
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa

Nr. 139.

Montag, 19. Juni 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, dem Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Bekanntmachung

die Verteilung der Zwergicade betreffend.

Anlässlich des in verschiedenen Theilen des Landes beobachteten Auftretens eines neuen Pflanzenfeindes, der Zwergicade (*Jassus sexnotatus*), welche durch massenhaftes Auftreten den Saaten gefährlich zu werden droht, sind auf Anordnung des königlichen Ministeriums des Innern in der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Dresden Versuche zur Auffindung von Vertilgungsmitteln angestellt worden, welche als besonders wirksam erproben haben:

- I. 500 Liter Ammoniakwasser, (aus Gasfabriken.)
500 - Wasser,
10 kg. Schmierseife,
- II. 1000 Liter Wasser,
10 kg. Kainit,
10 - Schmierseife,
1 - rothe Carbonsäure.

Mit diesen Flüssigkeiten sind die befallenen Flächen stark zu besprühen oder zu übergießen und hierauf umzuräumen.

Die Mittel ohne Zusatz der Schmierseife haben sich nicht bewährt, ebenso wie alle vorgeschlagenen Jangmethoden als unzureichend zu bezeichnen sind.

Solches wird mit dem Bemerkten andurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht, dass jedenfalls nur durch gemeinsame und gleichzeitige Bekämpfung des Schädlings in den von ihm heimgesuchten Gegenden eine nachhaltige Vertilgung desselben zu erwarten ist.

Großenhain, am 15. Juni 1893.

Die Königl. Amtshauptmannschaft.

v. Wulst.

1957 E.

Tagesgeschichte.

Wie sich der neue Reichstag zur Deeresvorlage stellen wird, läßt sich noch nicht ermesen. In den Berliner politischen Kreisen waren, so schreibt man der T. R., die Erwartungen nicht hoch gespannt, nach der heillosen eifrigen, den Wahlschwund in Zahlen und Worten pflegenden Kampfweise der Demokratie, namentlich der Richterschen, glaubte man zufrieden sein zu können, wenn etwa 10 bis 15 Stimmen für die Militärvorlage gewonnen würden. Soweit die bisher vorliegenden Ergebnisse einen Schluss zulassen, wird die Opposition aber mindestens so viel einbüßen, und so erscheinen die Hoffnungen auf ein Gelingen der Behravorlage im neuen Reichstage doch gestärkt. Als günstig muß namentlich der Umstand betrachtet werden, daß Anhänger der Militärreform in großer Zahl an Stelle der Richterschen Demokraten mit Socialdemokraten in die Stichwahl gekommen sind. Folgen die Stichwahlen nach der alten Erfahrung dem Zuge der Hauptwahlen, so hat die Partei einer Niederlage erlitten, die zu der Siegesvorläufer der „Freisinnigen Zeitung“ im grellsten Gegensatz steht. Herr Richter scheint sich trotz der den Wählern vorgemachten Zahlenkunststücke gründlich verrechnet zu haben. Im Jahre 1890 waren die Freisinnigen in die vierzig Male mit Mitgliedern der ehemaligen Kartellpartei, 14 Mal mit Socialdemokraten und 2 Mal mit Antisemiten in die Stichwahl gekommen, in nicht weniger als 50 Fällen siegen sie im Zeichen des Antisartells. Während sich gegenwärtig die Mitglieder der von Richter losgelassenen freisinnigen Vereinigung mit einigen Ausnahmen behauptet haben oder mit vielfach günstigen Aussichten zur Stichwahl stehen, kann die „Freisinnige Zeitung“ noch nicht einen einzigen Sieg der Volkspartei verzeichnen und hat diese, auch wenn Dr. Vieber unter dem im Centrumswahlaufrufe angekündigten Kampf gegen die „Wahnideen des Liberalismus“ die Unterstützung der Richterschen Demokratie verstehen sollte, einen Gesamtverlust von mindestens 33 Mandaten zu erwarten. Daß die Socialdemokratie, womit sich vorläufig die „Freis. Jtg.“ zu trösten sucht, auch nur annähernd so viel Mandate erobern sollte, hält man für ganz ausgeschlossen. Trotz des Anwachsens der socialdemokratischen Stimmenzahl, das sich in den Großstädten — wenig oder gar nicht auf dem platten Lande — zeigt, hat die Partei im ersten Anlauf nur 21 Mandate, d. i. genau so viel, als in der Hauptwahl 1890, erobert und kommt in nicht viel mehr Fällen als 1890 (58) mit denselben ungünstigen Aussichten wie damals in die Stichwahl, so daß ein starkes Hinzuwachsen über ihre bisherige Mandatszahl (36) nicht wahrscheinlich ist. Sie kann es auf mehr als höchstens 45 Mandate nur dann bringen, wenn sich die Mannen des „Socialistenführers“ Richter mit ihr verbrüdernd und die von Vieber befehligten katholischen Wähler die päpstliche Bulle wider die Socialdemokratie verleugnen. Die Conservativen sind sehr zufrieden mit ihren Erfolgen. Die „Krytg.“ sagt: „Die deutsch-

conservative Partei kann mit dem Ausfall der Wahlen wohl zufrieden sein. Sie wird numerisch gestärkt und innerlich gekräftigt wieder im Reichstage erscheinen. Die Regierung aber wird aus dieser Thatsache nunmehr die Ueberzeugung gewinnen, daß durch das deutsche Volk ein starker conservativer Zug geht, gekräftigt durch eine intensive antisemitische und agrarische Bewegung. Auf diese Faktoren wird sie in Zukunft ihre Politik stützen müssen.“ Die Freude der Nationalliberalen an dem Wahlergebnis erscheint ebenfalls ziemlich gerechtfertigt.

Deutsches Reich. Der Finanzminister Miguel, sowie andere von Ahtwardt angegriffene Personen haben den „Damb. Nachr.“ zufolge diesen wegen Beleidigung und Verleumdung verklagt.

Die großen Herbstübungen der Flotte werden nach einer Verfügung des Oberkommandos der Marine in diesem Jahre so frühzeitig vor sich gehen, daß sie noch vor Mitte September beendert werden können, um die zu diesem Zeitpunkt zur Reserve übertretenden Mannschaften zur Entlassung gelangen zu lassen. Soweit bis jetzt Bestimmungen darüber vorliegen, wird der Kaiser an Bord der „Hohenoller“ den Flottenmandatieren persönlich beizuwohnen, deren Operationsfeld sich auf das ganze Küstengebiet der Ostsee erstrecken wird.

Von Ausschreitungen bei der Reichstagswahl wird nur wenig berichtet. In Reutlingen wurde nach dem „D. T.“ Nachts das Polizeigebäude angegriffen und die Fenster zertrümmert, die Polizei schritt mit blanker Waffe ein. In Frankfurt a. M. wurden mehrere Fenster einer Synagoge zertrümmert. Der Thäter wurde verhaftet. In Grünberg i. Schl. trieb vor dem Postplatze eine jubelnde und pfeisende Menschenmenge stundenlang ihr Unwesen. Die Polizei hieb mit blanker Waffe ein. Es wurden elf Verhaftungen vorgenommen; ein Gendarm und ein Polizeibeamter wurden durch Steinwürfe verletzt.

In Bayern verliert das Centrum möglicherweise 3 Sitze an die Socialdemokraten, außerdem Reibem an Dr. Sigl und Kulmbach an einen Freisinnigen. Die so tumultuarisch mit Klassenhaß und Preußenhete aufgetretene Bauernbewegung in Altbayern hat gegenüber der festen Organisation der Centrumspartei nur wenig positiven Erfolg aufzuweisen; Dr. Sigl scheint der einzige Sieger zu sein.

Von großer Bedeutung sind die am 24., in Bayern am 26. Juni stattfindenden Stichwahlen. Der Vorstand der socialdemokratischen Partei giebt seinen Genossen die Weisung, sich an den Stichwahlen zwischen gegnerischen Candidaten zu betheiligen; jedoch nur dann, wenn der gegnerische Candidat, der um ihre Stimmen wirbt, sich in klaren, nicht mißzu deutenden Worten verpflichtet, falls er gewählt wird, im Reichstage rückhaltlos entgegenzutreten 1) jeder Vermehrung des stehenden Heeres über den gegenwärtigen Präsenzstand hinaus; 2) jeder Vermehrung der Steuerlast; 3) jeder Beschränkung der Volksrechte, namentlich jedem Angriff auf das allgemeine, gleiche, geheime und directe Wahlrecht. „Wer

sich diesen Mindest-Bedingungen nicht unterwirft, kann keine socialdemokratische Stimme erhalten. Und die Ehre und das Interesse der Partei gebieten unseren Genossen, in allen denjenigen Fällen, wo unsere Bedingungen nicht klipp und klar angenommen werden, sich der Wahl zu enthalten und mit allem Nachdruck für Wahlenthaltung thätig zu sein.“

Die „Germania“ giebt für die Stichwahlen folgende Parole aus: „In Stichwahlkreisen, in denen das Centrum selbst nicht betheiligt ist, muß nach der Rücksicht verfahren werden, daß die Centrumsjiele möglichst erreicht werden, d. h. bei diesen Wahlen in erster Linie der Sturz der Militärvorlage und daß ferner das Centrum das Jünglein in der Waage im Parlament bleibt.“ Bei dem ungünstigen Stande der Wahl für die Linkliberalen (insbesondere die freisinnige Volkspartei, erfordern beide Rücksichten die Unterstützung Linkliberaler in der Stichwahl gegen jede andere Partei, es sei denn, die Person des linkliberalen Candidaten mache das unmöglich. Mittelparteiler, d. h. Nationalliberaler und Freiconservative, und die Socialdemokraten können unter keinen Umständen unterstützt werden, und wo also diese unter sich zur Stichwahl stehen, müssen sie allein gelassen werden und die Centrumswähler sich der Stimme enthalten. Conservative können, wenn die Person nicht als besonderer Kulturkämpfer, Centrumsfreund und dergleichen bekannt ist, da unterstützt werden, wo ihr Gegner zweifellos das größere Uebel ist.“

Am Samstag in später Abendstunde fanden in Breslau in der Mathiasstraße Zusammenrottungen statt, welche einen drohenden Charakter annahmen. Eine Anzahl Burken wollten einen Laden stürmen und empfing die Polizei, welche einschritt, mit einem dichten Steinregen und Revolverkugeln. Die Polizei ging nunmehr mit blanker Waffe gegen den auf etwa 1000 Personen angewachsenen Haufen vor und verhaftete 23 Tumultuanten. Eine Abtheilung von Militär sprengte schließlich die Menge. Die Zusammenrottungen wurden dadurch hervorgerufen, daß die Polizei aus einem geringfügigen Anlaß einen Ruhestörer verhaftete. Ein Fleischermeister leistete der Polizei hierbei Hilfe und zog sich dadurch den Zorn der Menge zu, worauf sich die geschilderten Vorgänge abspielten.

Amanweiler, 17. Juni. Die Uebergabe der Gemeinde der deutschen Offiziere und Soldaten vollzog sich in feierlicher Weise. Um 6 Uhr morgens nahmen die französischen Truppen an dem Denkmal in Saint Nil Aufstellung und gleichzeitig erschien auch der Divisionsgeneral Damont. Um 7 Uhr traf eine Deputation von 6 deutschen Offizieren in Paradeuniform daselbst ein und begrüßte den General Damont. Hierauf übergab der Unterpräfekt namens der französischen Regierung den deutschen Offizieren die Gemeinde der deutschen Soldaten. Nach einer Ansprache der Feldprediger stellte sich der Zug auf, wobei ein Bataillon Chasseurs mit Musik eskortirte. An der Grenze aus französischem Gebiete hatten französische Husaren und Chasseurs

Auf Fol. 178 des Handelsregisters für den Bezirk des unterzeichneten Amtsgerichts, die Firma **Friedrich Arnold** in Riesa betr., ist heute verlaubt worden, daß Frau **Anna Amalie Auguste verw. Arnold** geb. **Schirmer** in Riesa

Inhaberin der Firma ist.

Riesa, den 17. Juni 1893.

Königl. Amtsgericht.

J. N. H. Schm., S. R.

Im Hotel zum „Kronprinz“ hier sollen.

Mittwoch, den 21. Juni 1893 von Vormittags 10 Uhr an

1 Sopha, 2 Tische, 2 Kleiderschränke, 1 Kommode, 3 Rohre- und 1 Polsterstuhl, 1 Schirmständer, Bilder, 2 Spiegel, 2 Nähische, 3 Länb, 2 Regale, 1 eis. Ofen mit Rohr, 1 Jagelager, 1 Petroleum-Apparat, 1 Tafel- und 1 Küchenwaage, 1 Tisch- und 1 Wiplampe und 1 Kleiderhalter gegen sofortige Bezahlung meistbietend versteigert werden.

Riesa, den 17. Juni 1893.

Der Ger.-Vollz. des Kgl. Amtsgerichts.

Ecct. Sidam.

Anzeigen für das „Riesauer Tageblatt“ erbitten und bis spätesten **Vormittags 9 Uhr** des jeweiligen Ausgabestages. Die Geschäftsstelle.